AM 23. FEBRUAR DEMOKRATISCH WÄHLEN

WEIL DAS JETZT ZÄHLT.



IG Metall
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Am 23. Februar entscheiden wir über ein gutes Stück unserer Zukunft. Bei der Bundestagswahl wählen wir die Regierung, die in den nächsten vier Jahren die Herausforderungen des Jetzt lösen soll. Wir fordern von der Politik Handeln – in acht konkreten Bereichen. Und wir rufen auf, demokratische Parteien sowie Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die genau diese Punkte angehen werden.

Es rumort in vielen Unternehmen in Deutschland. Das zeigt, dass die nächste Bundesregierung schnell und entschlossen handeln muss, um die Bedingungen für die Industrie zu verbessern und soziale Sicherheit im Wandel unserer Welt zu garantieren.

Wir müssen ein erfolgreiches Industrieland mit starkem Handwerk und Dienstleistern bleiben, die unseren Wohlstand und Sozialstaat jeden Tag erarbeiten. Dafür bedarf es einer großen Anstrengung, um so schnell wie möglich unsere Infrastruktur zu modernisieren. Das sind Investitionen in die Industrie von morgen. Nur mit einer Regierung, die Geld in die Hand nimmt, werden unsere Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert.

Viele Parteien bieten für die Herausforderungen Lösungen an, die wir offen debattieren. Das ist gut so; das gehört zur Demokratie. Aber dabei muss eines klar sein: Einen nationalen Alleingang mit deutscher Abschottung oder gar das Herausreißen von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund aus ihrem Land, in dem sie leben, arbeiten und Familien haben, ist keine dieser Lösungen.

Auch der Abbau von sozialen Sicherungsnetzen ist es nicht. Daher sagen wir es ganz klar: Die Wahl der Rechtsextremen der AfD ist keine Option für Demokratinnen und Demokraten.

Unser Appell: Nehmt eure Stimme wahr und geht am 23. Februar wählen oder stimmt per Briefwahl ab. Wählt eine demokratische Partei, die die IG Metall-Punkte aufgreifen will. Am 15. März, mitten in den Koalitionsverhandlungen, setzen wir dann mit unserem Aktionstag ein klares Zeichen für die Zukunft der Industrie in fünf Städten – in Hannover unter anderem mit Christiane Benner, der Ersten Vorsitzenden der IG Metall.

WEIL DAS JETZT ZÄHLT.

UNSERE FORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

Wer auch immer nach der Bundestagswahl das Land regiert: Die Aufgaben sind gewaltig. Für die deutsche Industrie geht es um die Zukunft. Welche Probleme die neue Bundesregierung zuerst lösen muss – und was die IG Metall jetzt von der Politik und den Unternehmen fordert, stellen wir hier vor.



1

BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND GUTE ARBEIT STÄRKEN!

Die Industriebereiche stehen in besonderem Maße unter Druck. Um die beschäftigungspolitischen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, ist auch die Politik gefragt. Sie muss die nötigen Rahmenbedingungen schaffen für die Sicherung von Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung sowie guter Arbeit.

Die IG Metall will Standorte und Beschäftigung sichern. Erstes Ziel ist es, zukunftsfeste Perspektiven im angestammten Betrieb zu erreichen. Das wollen wir mit einer Arbeitsmarktpolitik erreichen, die in schwierigen Phasen für Sicherheit sorgt.

Zudem gilt es, den eingeschlagenen Weg einer zukunftsorientierten, aktiven Arbeitsmarktpolitik fortzusetzen. Der Ausbau der Qualifizierung von Beschäftigten ist richtig – ob als Garantie zu einer vollqualifizierenden beruflichen Erstausbildung oder als Brücke von Arbeit in Arbeit, wie die Qualifizierung in Transfergesellschaften. Zuletzt muss auch die Arbeitslosenversicherung endlich wieder zum zentralen sozialen Sicherungssystem werden.

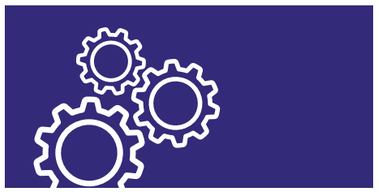


2

ENERGIEWENDE UND INDUSTRIE: ZUKUNFT SICHERN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN

Ohne entschlossene Maßnahmen droht der Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien dient neben dem Klimaschutz auch dem Erhalt der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und der Reduzierung der Importabhängigkeit. Dazu brauchen wir neben dem massiven Ausbau der Stromnetze und der Erneuerbaren auch eine flächendeckende Wasserstoffinfrastruktur, die eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende ist.

Zur kurzfristigen Sicherung brauchen wir eine befristete Deckelung des Industriestrompreises für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Branchen.



3

ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE AM STANDORT DEUTSCHLAND

Der Marktanteil elektrifizierter Fahrzeuge steigt global stetig an, wohingegen der Anteil der Verbrennerfahrzeuge sinkt. E-Mobilität ist und bleibt daher die Zukunftsfrage. Gegen den Druck aus anderen Ländern brauchen wir gerade jetzt einen starken Heimatmarkt, damit unsere Industrie bei dieser Zukunftstechnologie weiter vorn mitspielen kann.

Dafür heißt es: Schluss mit dem Zick-Zack-Kurs der Politik! Hersteller und Zulieferer haben Milliarden investiert – elektrifizierte Antriebe sind die Zukunft. Jetzt schnell Fehler korrigieren und nachlegen bei der Förderung der Elektromobilität: Politik muss klare Rahmenbedingungen schaffen, stabile Infrastruktur aufbauen und neue Wertschöpfung ansiedeln.

Diese Herausforderungen nutzen die Arbeitgeber mit Verweis auf Lohnniveaus für eine rücksichtslose Optimierung der Margen – oft kurzsichtig, renditegetrieben und ohne Plan. Dagegen wehren wir uns – und auch die Politik muss aktiver mit einer Hier-vor-Ort-Strategie einschreiten.



4

FÜR EINE ZUKUNFTSWEISENDE INVESTITIONSPOLITIK

Deutschland investiert zu wenig in Infrastruktur. Studien belegen bis zu 60 Mrd. Euro jährlichen Mehrbedarf für Investitionen in eine gute Zukunft. Marode Brücken, verspätete Züge, hohe Energiepreise, steigende Mieten und zu wenig Wohnungen belasten das Vertrauen. Bund und Länder brauchen ordentliche Mittel, Planungskompetenz und entschlossene Reformen, wobei überschuldete Kommunen entlastet werden müssen.



5

FÜR EINE GERECHTE FINANZIERUNG

Deutschland braucht eine grundlegende Reform der Schuldenbremse durch Herausnahme von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen als „Goldene Regel“. Das macht Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz und Bildung kreditfinanziert möglich.

Zur weiteren Finanzierung hat der DGB in seinem Steuerkonzept konkrete Vorschläge: Besteuerung großer Vermögen durch (Wieder-)Einführung einer Vermögenssteuer, Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine reformierte Gewerbesteuer. So sichern wir Arbeitsplätze und ermöglichen einen fairen Umbau.



6

GUTE RENTE FÜR JUNG UND ALT

Viele Beschäftigte bangen um ihre Rente: Beiträge steigen, das Rentenniveau sinkt, private Vorsorge schließt Lücken nicht. Wir fordern einen Kurswechsel mit einer stabilen, gestärkten gesetzlichen Rente und langfristig höherem Rentenniveau (53 Prozent). Ein höheres Rentenalter lehnen wir ab. Eine solidarische Erwerbstätigenversicherung, höhere Bundeszuschüsse und die faire Finanzierung versicherungsfremder Leistungen sind nötig.

Auch Arbeitgeber müssen mehr zur betrieblichen Altersversorgung beitragen. Denn gute Renten müssen solidarisch finanziert werden – mit flexiblen Übergängen statt Druck auf Beschäftigte.

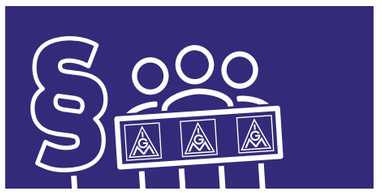


7

MITBESTIMMUNG: FÜR MEHR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Digitalisierung, KI und geänderte Tätigkeiten erfordern, dass Mitbestimmungsrechte erweitert werden: Wir fordern mehr Rechte bei Standort- und Beschäftigungssicherung, Qualifizierung und ein digitales Zugangsrecht. Auch müssen Verhandlungen über Interessenausgleich erzwingbar werden.

Wir fordern, dass Angriffe auf Mitbestimmung streng als Offizialdelikte geahndet werden, denn Demokratie am Arbeitsplatz prägt die gesellschaftliche Demokratie. Auch müssen SE-Tricks und das Doppelstimmrecht im Aufsichtsrat gestoppt sowie Konzernbeschäftigte endlich mitgezählt werden.



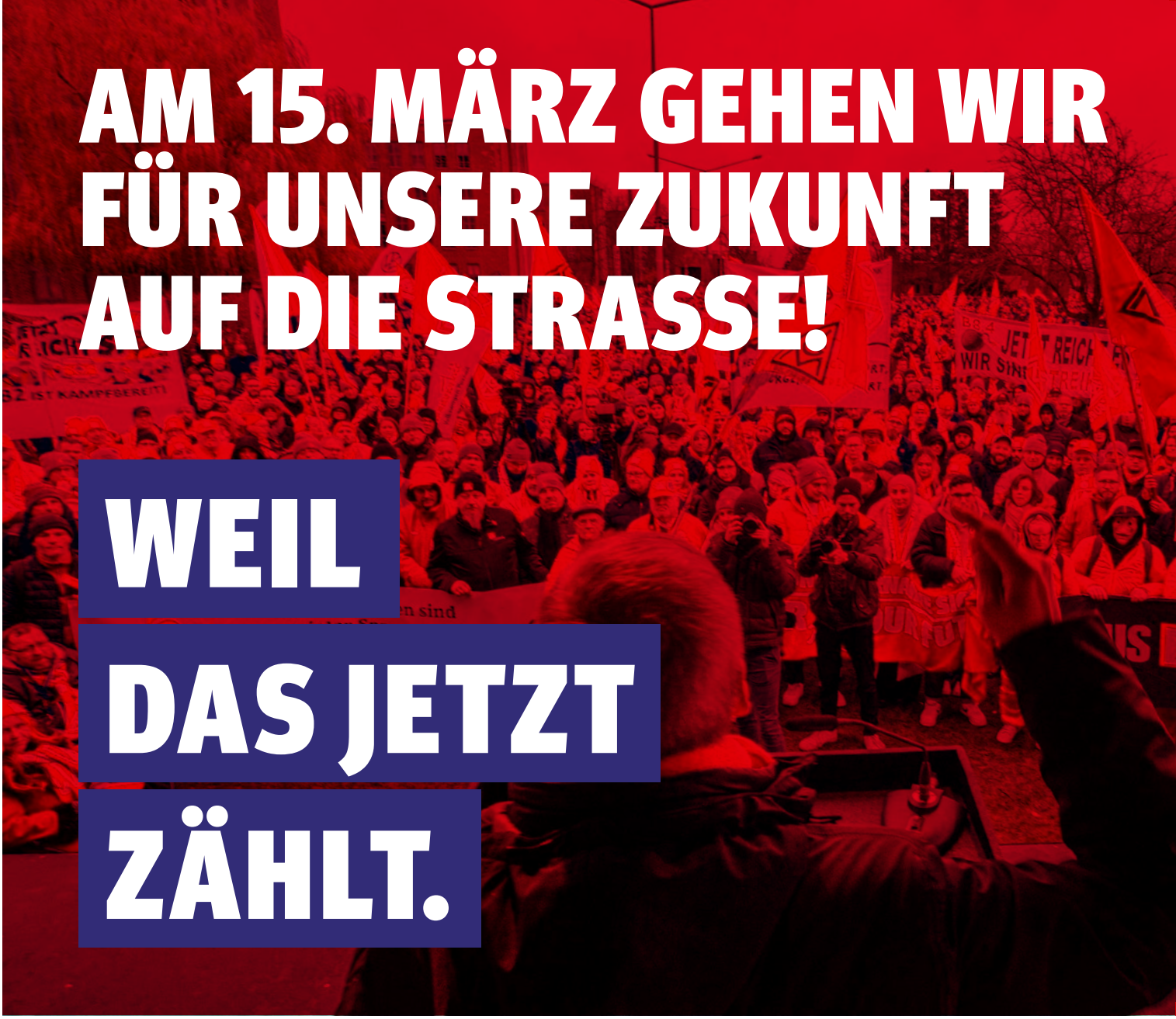
8

FÜR EINE STARKE TARIFAUTONOMIE UND MEHR TARIFBINDUNG

Die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie sichert Beschäftigten eine faire Teilhabe am Wohlstand. Doch nur noch rund 50 % der Beschäftigten profitieren von Tarifverträgen. Ein Bundestariftreuegesetz ist überfällig: Öffentliche Aufträge und Fördermittel dürfen nur in tarifgebundene Betriebe gehen.

Auch Innungen müssen Tarifverträge schließen. Tarifflucht durch Umstrukturierungen muss gestoppt werden.

Zudem sind jegliche Schwächungen der Tarifautonomie zu bekämpfen, denn ohne starke Gewerkschaften – und im Zweifel auch Arbeitskämpfe – kann es keine starke Tarifpolitik geben.



AM 15. MÄRZ GEHEN WIR FÜR UNSERE ZUKUNFT AUF DIE STRASSE!

WEIL DAS JETZT ZÄHLT.

15. MÄRZ 2025
5 VOR 12
HANNOVER
WATERLOOPLATZ

MUSIK: MADSEN

Die Zukunft der Industrie sichern – dafür gehen Metallerinnen und Metaller am 15. März bundesweit auf die Straße.

Unsere Forderungen: Die Arbeitgeber müssen sich zu unseren Standorten bekennen. **Schluss mit Arbeitsplatzabbau, Standortschließungen und Verlagerungen!**

Und die neue Bundesregierung muss schnell und entschlossen handeln, die Bedingungen für die Industrie verbessern und soziale Sicherheit im Wandel garantieren.

Hier geht es nicht um Rendite, es geht um die Menschen in diesem Land. **Es geht um unsere Arbeitsplätze, unsere Familien, unsere Zukunft.**

Alle Infos zur Anreise nach Hannover gibt es bei deiner IG Metall-Geschäftsstelle.

Gemeinsam schlagen wir Alarm für Investitionen, eine bessere Infrastruktur und gegen Arbeitsplatzvernichtung, Standortschließungen und Verlagerungen!
Unterzeichne unsere Petition für die kommende Regierung! ► bit.ly/igm-petition oder QR-Code scannen

Impressum: IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ► Verantwortlich: Thorsten Gröger ► Internet: igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de
E-Mail: bezirk.nieder-sachsen-anhalt@igmetall.de ► Gestaltung, Redaktion und Druck: biewener&kolb, Hannover ► Fotos: Heiko Stumpe